

Die Villa am Wannsee beherbergte noch bis Ende der 1980er Jahre ein Kinderheim des Berliner Bezirks Neukölln  
Foto: Annette Riedl/dpa



## Vom Wannsee nach Charlottesville

Eine Tagung des Hauses der Wannsee-Konferenz spannt die Themen von der Frage, was wirklich vor 80 Jahren geschah, bis zum heutigen Umgang mit der NS-Geschichte, dem Holocaust und Vergleichen mit anderen Genoziden

Von Klaus Hillenbrand

Was bleibt?", so lautete der Titel einer internationalen dreitägigen Tagung, zu der die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz anlässlich des 80. Jahrestags des berüchtigten Treffens geladen hatte. Bevor diese Fragestellung beantwortet werden kann, sollte freilich zunächst einmal geklärt werden, was damals überhaupt geschehen ist.

Eines jedenfalls nicht: In Fachkreisen ist schon seit Jahrzehnten Konsens, dass dort eben nicht die „Endlösung“ also die Ermordung aller europäischen Juden im deutschen Einflussbereich beschlossen wurde. Dennoch bleibt diese falsche Interpretation bis heute lebendig – auch unter Besuchern der Gedenkstätte. Diese führt auch zu einer überhöhten Projektion des Ereignisses. War das historische Ereignis am Ende also gar nicht so schlimm, wenn sie erfahren, dass es um die Organisation des Mordes an bis zu elf Millionen Juden ging? Das ist eine Frage, die sich an die Museumspädagogik richtet.

Aber ist die These von der Planung des Holocaust auf der Wannsee-Konferenz überhaupt so richtig? Dan Diner stellt diese Frage aller Fragen gleich zu Beginn der Berliner Tagung. Und der emeritierte Historiker verwies dabei auf einen auch schon dreißig Jahre alten Aufsatz des verstorbenen Eberhard Jäckel. Tatsache ist: Es gab vor 80 Jahren im Haus am Wannsee keinen förmlichen Beschluss. Der Massenmord an den Juden war Monaten zuvor gesetzt worden, insbeson-

dere durch die Einsatzgruppen in der Sowjetunion, die dort bereits Hunderttausende erschossen hatten. Die Planungen für die Vernichtungslager Treblinka, Sobibor und Belzec im Osten des besetzten Polen liefen. In Chełmno waren die ersten Gaswagen im Einsatz.

Deutschen Juden war im Herbst 1941 nicht nur die so lange propagierte und erzwungene Auswanderung verboten worden, die ersten Transporte aus deutschen Großstädten hatten das Reich bereits in Richtung Łódź, Riga und Minsk verlassen, mehr als eintausend Berliner Juden waren nahe Riga bei ihrer Ankunft erschossen worden, ganz zu schweigen von den Tausenden einheimischen Juden, die die SS im Ghetto der Stadt zuvor ermordet hatte.

Wozu bedurfte es da noch einer Konferenz, noch dazu angesichts der Tatsache, dass diese offenbar gar nicht so eilbedürftig war, hatte man sie doch ursprünglich schon für den Dezember 1941 vorgesehen?

Die Antwort, so Jäckel damals und Diner heute, fände sich in der Person desjenigen, der zu der Tagung eingeladen hatte: Reinhard Heydrich. Schon im Sommer 1941 war der Chef der Sicherheitspolizei und des SD dazu ernannt worden, eine „Gesamtlösung der Judenfrage vorzubereiten“. Angesichts der notorischen Kompetenzstreitigkeiten und Eifersüchtleien innerhalb der NS-Elite wie der Ministerialbürokratie sei es am Großen Wannsee darum gegangen, diese Bestallung Heydrich gegenüber denjenigen Machthabern deutlich zu machen, die schon zuvor zentral an der Drangsaliert der Minderheit mitgewirkt hatten.

Bei der Wannsee-Konferenz, so Dan Diner, handelte es sich

um eine „Vermählung von Ideologie und Bürokratie“. Der ideologisch begründete Judenmord musste mithilfe der Bürokratie umgesetzt werden. Die ganze Konferenz aber diente als „cho-

riographierte Inszenierung“ der verdeckten Mitteilung an die im Protokoll „Zentralinstanzen“ genannten staatlichen Institutionen: Reinhard Heydrich besaß im Prozess dieses nie dagewesenen Massenmordes die „Führerfahrung“.

Die Dimension dieses Verbrechens ist heute unstrittig. Die lange Nachkriegsgeschichte bis zur Errichtung der Gedenk-

stätten und Erinnerungsinitiativen ankündigte. Erinnern beschränke sich nicht auf Zuschauen, sondern bedeute, Zukunft zu gestalten, sagte Roth in einem Grufwort an die Tagung. Gedenkstätten seien Teil der kulturellen Landkarte Deutschlands und bedeutende Orte des Lernens.

Wie aber mit der Geschichte umgehen? Sollte es bei der Analyse des damaligen Geschehens bleiben oder zwingen die rechtsradikalen Tendenzen in der heutigen Gesellschaft nicht gerade dazu, Erinnern auch als Aufgabe der Auseinandersetzung mit dem Heute zu begreifen? Die designierte Antisemitismus-Beauftragte von US-Präsident Biden, Deborah Lipstadt, vertrat da eine eindeutige Position: Haltung zeigen!

Lipstadt rief zunächst die verdeckte Sprache ins Gedächtnis, die die Täter von 1942 verwendet hatten: „Evakuierung“ stand für die Deportation, „Endlösung“ benannte den Massenmord selbst. Und sie zeigte an zwei Beispielen auf, dass diese Tarnung der Begriffe bis heute zum Handwerkszeug der Antisemiten zählt. Im Jahr 2000, als Lipstadt von David Irving wegen Beleidigung und überer Nachrede verklagt wurde, weil sie diesen einen Holocaustleugner genannt hatte, konnte sie nachweisen, dass Irving als Geschichtsfälscher und Antisemit bezeichnet werden kann.

Schon damals spielten unangebrachte Vergleiche eine große Rolle. Irving argumen-

tierte etwa, dass in Auschwitz weit weniger Menschen ums Leben gekommen seien, und überhöhte dafür die Zahl der Opfer beim Angriff der Alliierten auf Dresden 1945. Sein Ziel war es, den Mord an den Juden zu minimieren.

Nicht viel anders gestaltete es sich 17 Jahre später in Charlottesville, als Rechtsextremisten unter dem Motto „Unite the Right“ zusammen kamen. Ihre wahren Ziele verschleierten sie, so Lipstadt. Schon im Vorfeld hätten die Organisatoren angeordnet, auf Hakenkreuzflaggen zu verzichten. Aus dem Ruf „Jews will not replace us“ machten die Anhänger der Lüge vom „großen Austausch“, „You will not replace us“, um in der Öffentlichkeit einen gemäßigteren Eindruck zu vermitteln.

Deborah Hartmann, die Leiterin der Gedenkstätte am Wannsee, machte deutlich, dass gerade die Berücksichtigung heutiger neonazistischer Tendenzen bei der Vermittlung dessen, was damals geschah, auf großen Zuspruch bei der jüngeren Generation stöfe.

Womit wir bei Vergleichen angelangt wären, einem Thema, das trotz oder gerade aufgrund der unerhörten Dimension des Holocaust immer wieder zur Sprache kommt: von rechts, um Taten der Nazis zu minimieren und Juden als Profiteure ihrer eigenen Vernichtung abzuqualifizieren, von links, um Israel zu brandmarken, und von Genozidforschern, um eine Kontinuitätslinie zwischen Kolonialismus und NS-Herrschaft zu ziehen.

Gegen solche Vergleiche sei an sich nichts einzuwenden, meinte Dan Diner, solange die richtigen Vergleiche gezogen und nicht Unvergleichliches verglichen würde. Deutlicher

wurde Sybille Steinbacher vom Fritz Bauer Institut in Frankfurt, die die These von der kolonialen Gewalt als Vorgeschichte des Holocaust vehement zurückwies. Diese „monokausalen Deutungen“ ohne Berücksichtigung anderer Faktoren, in der die Holocaustforscher provinialisieren werden, gingen fehl. Denn weder fänden sich unter den NS-Massenmördern bis auf wenige Ausnahmen solche mit Kolonialerfahrung noch spielte der Kolonialismus im NS-Machtapparat mehr als eine randständige Bedeutung. Im Gegenteil habe der Nationalsozialismus mit Traditionen, darunter kolonialen Vorstellungen, gebrochen.

Steinbachers Fazit: Es ist schon richtig, den Holocaust in die Gewaltgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts einzuordnen – es geht beim Judenmord eben doch „einnmalige Besonderheiten“. Die Singularität des NS-Verbrechens hieße nicht, Vergleiche zu verbieten. Aber der Holocaust mit seiner schrankenlosen Gewalt, dem Willen, eine Welt ohne Juden zu erschaffen, und der Einbeziehung der ganzen Volksgemeinschaft sei keinesfalls eine Spielart des Kolonialismus.

### berichtigung

„Als deutscher Jude muss ich leider nicht erst in die extreme Rechte abtauchen, um Antisemitismus zu erleben“, sagte Autor und Regisseur Tobias Ginsburg in einem Interview auf unseren Kulturseiten am Wochenende. Dazu passend thematisiert der Text auf dieser Seite unter anderem die Verschleierung antisemitischer Begrifflichkeiten.